

PDS

Der Parteirat der PDS hält das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes für falsch. Die PDS solle sich auch weiterhin für ein bundesweites Verbot von Studiengebühren einsetzen:

„Studiengebühren verschärfen die ohnehin schon hohe soziale Auslese im deutschen Bildungssystem und sind ein weiterer Schritt zu Privatisierung des öffentlichen Gutes Bildung; sie machen ein Studium nun endgültig vom Geldbeutel der Eltern abhängig und Studierende zu reinen Kunden, was zu einer weiteren Entsolidarisierung des Studierendenverhaltens beiträgt. Studiengebühren sind ein weiterer Schritt zu einem Studium, das nur noch nach ökonomischen Interessen organisiert wird und in dem kein Platz und keine Zeit mehr für gesellschaftliches und politisches Engagement bleibt.“ (PDS-Parteirat 2005)

Erforderlich sei „vielmehr eine gerechte Steuerreform, so müsste beispielsweise die Vermögenssteuer wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer reformiert werden“, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident und Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern Wolfgang Methling (PDS-Fraktionsvorsitzendenkonferenz 2005).

Eine Konferenz der wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der PDS in den Landtagen und den Vorständen hat außerdem konkretisiert, dass die PDS jede Form Studiengebühren ablehnt – was aus der Sicht der PDS Studienkonten mit einschließt. Die Vertreter waren sich einig, dass „ein Studium ohne Gebühren in jeder Form gesichert werden soll. In Landtagen werden entsprechende parlamentarische Initiativen eingebracht. Der Berliner Wissenschaftssenator Thomas Flierl wird in seinen Bemühungen unterstützt, eine studiengebührenfreie Zone mit den SPD-geführten und gebührenfreien Ländern zu verabreden und Planungen für einen Vorteilsausgleich (Hochschulfinanzausgleich) vorzulegen.“ Außerdem wird die „Zweckentfremdung des BaföG“ als Stipendium zur Abfederung von Studiengebühren abgelehnt. (Hoff 2005)